

Rainer Hank

Der Zauberer

„Bündnis für Arbeit“ statt Programmdebatte

Dr. Rainer Hank, geb. 1953 in Stuttgart, Studium der Literaturwissenschaft, Katholischen Theologie und Philosophie in Tübingen und Fribourg/Schweiz, ist seit 1988 Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Das Bündnis

Dem IG-Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel muß der DGB-Kongreß im Herbst 1996 den goldenen Schutzhelm verleihen: das ist jener alle fünfzehn Jahre vergebene Preis der deutschen Gewerkschaften für das beste Konzept zur Vermarktung eines neuen Programms. Ausgezeichnet werden soll das Bündnis für Arbeit, besser gesagt die Idee dazu, die Zwickel einem leicht irritierten Gewerkschaftstag der IG Metall im Herbst 1995 präsentierte. Die Zauberformel - bei der es unerheblich ist, ob ihrem Rezept Erfolg beschieden sein wird - leistet mehr als die jahrelang mit beträchtlichem Aufwand und Fleiß betriebenen Workshops, Programm- und Reformdiskussionen, deren Akteure nie verstehen konnten, warum sie immer nur langweilige Texte produzierten. Diesen Respekt müssen dem IG-Metall-Chef gerade jene journalistischen Beobachter zollen, die die Bündnis-Formel für einen Rückfall in einen etatistischen Zentralismus halten und das hinter ihr stehende ökonomische Konzept als verfehlt erachten.

Denn das Bündnis, an Klarheit kaum zu überbieten, leistet alles, wovon Gewerkschafter in den vergangenen Jahren nur träumen konnten: Es bringt den DGB, der sich alsbald klug dem Vorschlag angeschlossen hat. aus der

Defensive in die Offensive. Es zwingt nachgerade alle politischen Gruppen zugleich mit Arbeitgeberverbänden und Unternehmen zu einer Reaktion. Es provoziert sogar einen Wettbewerb zwischen Regierung und Opposition, wer denn den Vorschlag besser verstanden habe - was die IG Metall genüßlich zur Kenntnis nahm. Intern hat Zwickel es geschafft, seinen mehr und mehr an innere oder äußere Kündigung denkenden Funktionären und Mitgliedern jenen Stolz zurückzugeben, der ihnen in den vergangenen Jahren abhanden gekommen war. Mit einem Schlag sieht es so aus, als müßten die Gewerkschaften nicht schon zur Jahrtausendwende ihren gesellschaftlichen, moralischen oder organisationspolitischen Platz für Greenpeace oder den ADAC freimachen.

Nur auf den ersten Blick hat das alles mit der Programm- und Organisationsreformdebatte nichts zu tun. Bereits vor dem zweiten Blick wird aber klar: Zwickel hat den Gewerkschaften nicht nur das Thema vorgegeben - es heißt Arbeit. Sondern er hat dieses Thema operationalisiert, das viele in seiner Unverbindlichkeit schon nicht mehr hören konnten; er hat es quantifiziert, konditioniert und dafür gesorgt, daß der Vorschlag eine Ressource bereithält, auf die er immer wieder zurückkommen kann. Das Bündnis hat eine lange Halbwert- respektive Verfallszeit. Zwickel meint es ernst, wenn er dem Kanzler großzügig konzidiert, er könne sich mit einer Antwort Zeit lassen - Aufschub womöglich gerne noch einmal von der Kanzlerrunde im Januar zur nächsten Runde im März. Das gibt auch den Gewerkschaften Gelegenheit, noch lange mit dem Vorschlag zu wuchern, zu drohen oder zu verfahren. Ebenso entscheidend ist die Befreiung aus der tarifpolitischen Engführung, die der Bündnisvorschlag bietet, ohne daß - wie in früheren Zeiten - auf die gewerkschaftliche Allerweltsbeglückung zurückgegriffen werden müßte. Die IG Metall kann sich in der Rolle des sozialpolitischen Vordenkers präsentieren, anstatt immer nur andere - Regierung, Arbeitgeber oder auch Sozialdemokratie - wegen unlauterer Absichten des Sozialabbaus zu bezichtigen. Dem Kläger hört man weniger gern zu als dem Erneuerer. Jetzt stehen die Gewerkschaften wieder als Innovations-Agenturen da.

Man wird weit zurückblättern müssen in den Bundestagsprotokollen, bis man ein vergleichbares Stenogramm zürn sozialpolitischen Teil der Haushaltsdebatte im Herbst 1995 findet. Wer verstehen will, was Zwickel mit der Bemerkung meint, der Bündnisvorschlag habe der IG Metall die Meinungsführerschaft zurückgegeben, der sollte zumindest den Dialog zwischen Ottmar Schreiner (SPD) und Norbert Blüm (CDU) vom 9. November 1995 nachlesen. Der Arbeitsminister („Ich bin ganz stolz, daß meine IG Metall, der ich seit über 40 Jahren angehöre, die SPD überholt hat“) nimmt den Vorschlag als avantgardistisches, progressives sozialpolitisches Modell in Anspruch und grenzt es gegen die hoffnungslos gestrige Sozialdemokratie ab. Während die Sozis noch die angemuffelte Kaufkrafttheorie als Argument einer aggressiven Lohnpolitik propagierten, habe Zwickel längst den Zusammenhang zwischen Löhnen und Arbeitsplätzen begriffen und für eine an der Teuerung orientierte Mäßigung der Tarifpolitik votiert.

Blüm hat recht, aber nicht minder hat der sozialpolitische Sprecher der SPD recht, der den Minister daran erinnert, daß er in der Eile übersehen habe, daß Zwickel nicht ein Angebot gemacht, sondern einen Deal vorgeschlagen habe. Wie es denn also um die Bereitschaft des Ministers bestellt sei, seinen Teil zu leisten, sprich die Revision der Kürzungen bei Arbeitslosen- und Sozialhilfe zurückzunehmen, fragt Schreiner und erhält selbstredend nur eine hinhaltende Antwort.

Wie sie bald alle hinterherhecheln: Heiner Geißler und Klaus Wiese, Bernhard Vogel und Margret Mönig-Raane. Alle spingen sie jetzt auf den Bündnis-Zug, weil er zu nichts verpflichtet, aber jeden ins Gespräch bringt. Der lachende Dritte braucht gar nicht mehr anwesend sein. Er heißt Zwickel und würde womöglich in einer Umfrage erfahren, daß schon mehr Menschen diesen Namen buchstabieren können als daß sie sich noch erinnerten, daß dieser Vorsitzende einmal einen Vorgänger namens Steinkühler hatte. Auch ein Erfolg.

„Von der Krise der Gewerkschaften spricht niemand mehr.“ So faßt der Medien-Tenor (32/1995) eine Inhaltsanalyse aller auf die IG Metall bezogenen Passagen in ausgewählten deutschen Medien nach dem Gewerkschaftstag zusammen. Das Bild der Gewerkschaft habe sich erheblich gebessert. Während noch im Juli 1995 ein negatives Gesamturteil eindeutig dominiert habe, kehrte die Öffentlichkeit ihre Einschätzung im November in größte Zustimmung wie seit langem nicht mehr. Bisher habe die mächtigste Einzelgewerkschaft im DGB als dogmatisch gegolten und gegenüber der IG Chemie schlecht abgeschnitten. Jetzt mache die IG Metall der Schwester diesen Ruf streitig.

Das bleibt nicht ohne Reflex nach innen. Erst nach dem großen Echo zitierte Zwickel jene Befragung, wonach weniger als 20 Prozent der Mitglieder die Gewerkschaften noch für eine nennenswerte gesellschaftliche Kraft halten. Bei den Metallern muß der Stolz mächtig gewachsen sein. Dafür spricht jenes Nachsitzwochenende des Gewerkschaftstages in Mainz, bei dem die Delegierten nur noch wenig an den Abschlüssen für Langzeitarbeitslose herummäkelt, im übrigen aber ihrem Vorsitzenden mit Dank applaudierten. Den hatte er auch deshalb verdient, weil er schon den Gewerkschaftstag zuvor aus einem selbstbemitleidenden Tief befreit hatte: Berichte des „Spiegel“ über unprofessionelles Immobilienmanagement hatten in der Öffentlichkeit all jene Vorurteile wiederbelebt, die auch die Mitglieder selbst über die Gewerkschaften haben: an persönlicher Bereicherung mehr als an der Sache orientiert, mit Geld können sie nur umgehen, wenn es in die eigene Tasche fließt; sie lassen sich aber gleichwohl von Profis über den Tisch ziehen. Fast sah es so aus, als hätte der Kongreß sich in der Defensive verschworen nach dem Motto „Wir lassen uns von den Medien nicht mit Schmutz übergießen,“ ... wäre nicht der Vorsitzende in die Offensive gegangen.

Solche Erfolge sind nicht planbar. Auch die Formulierer in Zwickels Apparat gestehen ein, daß die gesamte Wirkung des Vorschlags nicht kalku-

liert gewesen sei, daß allenfalls die interne Bündelung der Kräfte erwartet wurde, während die öffentliche Antwort nicht vorhersehbar gewesen sei.

Beispielhaft für die Reform- und Programmdebatte der deutschen Gewerkschaften ist daran:

1. Anders als all die Schweglers und Köbeles meinten, muß die Reformdebatte über Inhalte und nicht über Organisationsfragen geführt werden. Ob der DGB eine Holding wird, Fusionen besser wären als Kooperationen oder ob für die Telekommunikation die Post- oder die Eisenbahnergewerkschaft zuständig sein soll, interessiert zwar die Funktionäre, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben, ist den Menschen aber so lange einerlei, so lange sie gar nicht wissen, wofür diese Organisationen einstehen. Sicherlich spiegeln sich im Streit um Fusion oder Kooperation, um Abgrenzungen der Mitgliederzuständigkeiten zwischen Umwelt. Energie oder Sparkassen auch Machtfragen von Gewicht. Eine Organisationsreform, gleichgültig wie sie ausfällt, wird den Verfall der Gewerkschaften nicht aufhalten können.
2. Die Bündnis-Formel ist griffig, sie ist mit einem Namen „Zwickel“ und einem Inhalt „Für Arbeit“ verbunden, den auch Journalisten jedesmal in zwei Sätzen wiedergeben können - „... wäre die IG Metall bereit, eine reale Nullrunde zu akzeptieren, wenn die Arbeitgeber in drei Jahren 330.000 Arbeitsplätze und so weiter und so fort...“ Während klassische Programme aus der Feder des sozialwissenschaftlich geschulten Apparats weder bei der CDU noch beim DGB jemand liest - der außerordentliche DGB-Kongreß im Herbst mag verabschieden, was er will - ist das Bündnis eine aktuelle Formel, mit welcher auch der Sekretär in Bad Salzuflen den Menschen erzählen kann, was die Gewerkschaften wollen.
3. Das Bündnis gibt den Gewerkschaften ein positives Image. Sie stehen da als Anwälte der Arbeitslosen, nachdem sie zuletzt selbst glaubten, sie seien nur die Agenten der Arbeitsplatzbesitzer und unverbesserliche Besitzstandswahrer.

Am Rande fällt übrigens auf, daß nahezu zeitgleich zu Zwickels Bündnisvorschlag auch die SPD von einem unerwartet stärkenden Selbstbewußtseinsschock erschüttert wurde. Beide Male, im Falle Lafontaine wie im Falle Zwickel, geschah das Unerwartete vor den Delegierten eines Partei- oder Gewerkschaftskongresses. Beide Male befanden sich die Organisationen zuvor im Stadium quälender Depression, Lähmung und mutmaßlicher Aussichtslosigkeit. Beide Male waren es Reden, durch welche die Wende angestoßen wurde. Bei Lafontaine mehr noch als bei Zwickel war es viel weniger der Inhalt der Rede als der Gestus des „Es wäre doch gelacht, wenn wir uns ständig nur anpinkeln ließen“, der den Delegierten und den Mitgliedern das Vertrauen in ihrer Sache stärkte.

Freilich ist längst noch nicht ausgemacht, ob das Bündnis tatsächlich das Programm sein wird, das die deutschen Gewerkschaften über die Jahrtausendwende hievt. Denn sein Gehalt ist zutiefst konservativ, autoritär und am

kollektivistischen Denken orientiert. Es ist dazu angetan, der IG Metall zentralistisch Macht zurückzuerobern. Es liegt deshalb auch quer zu allen Entwicklungen des Individualismus, die prognostizieren, daß kollektive Organe auf Dauer an Einfluß verlieren werden, wenn sie nicht bereit sind, an die jeweils kleineren Einheiten in subsidiärer Absicht Entscheidungsbefugnisse zu delegieren. Das Bündnis will Entscheidungsfelder zurückgewinnen. Es sieht als oberstes gesellschaftliches Planungsorgan ein tripartistisches Gremium aus Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften, welches durch Lohn, Arbeitsplatz- und -zeitvorgaben einer Volkswirtschaft die Verteilung ihrer Kosten vorgibt. Diese Leitvorstellung bleibt auch dann erhalten, wenn die IG Metall neuerdings nicht müde wird zu versichern, sie wolle nicht einzelnen Unternehmen vorschreiben, wieviele Arbeitsplätze sie schaffen müßten, sie wolle auch nicht die Unterschrift eines Verbandes für eine Beschäftigungsgarantie, sondern nur Anreize und tarifpolitische Incentives für solche Unternehmen zugestehen, die Arbeitsplätze neu schaffen durch Vermeidung von Überstunden oder Arbeitszeitkonten.

Das bleiben Utopien, die aus Sicht der Metallgewerkschaft nachvollziehbar sind, die aber die Dynamik einer Wirtschaft hemmen. Ökonomisch ist das alles „purer Unsinn“, wie die Wirtschaftswoche titelte. Denn der Markt möchte sich ungern vom Kanzler, dem DGB-Vorsitzenden und den Arbeitgeberpräsidenten vorschreiben lassen, daß Arbeitsplätze im VW-Werk zu erhalten seien. Es könnte sein, daß auf längere Sicht Arbeitsplätze in kleineren Dienstleistungsunternehmen größeren Erfolg versprechen. Und es ist ganz sicher, daß Beschäftigung in dem Maße wieder angeboten wird, in dem Gewerkschaften zu Mäßigung. Lohnspreizung und Flexibilität bei den Arbeitszeiten bereit sind. Das Risiko des Erfolgs ist das des Unternehmens und der in diesen Unternehmen arbeitenden Menschen - nicht das der Runden Tische, deren Beisitzer mehr an ihrer jeweiligen Wiederwahl interessiert sind.

Freilich: Das mögen Einwände liberaler Ökonomen oder grüner Soziologen sein. Ob die Menschen sich diesem Risiko stellen werden, ist nicht ausgemacht. Und es ist tatsächlich auch eine offene Frage, ob Gewerkschaften, die noch an ihren institutionellen Erhalt glauben, anderes tun können als auf geschickte Weise jenes Rückversicherungsbedürfnis der Menschen durch kollektive Angebote zu befriedigen. Überspitzt formuliert: Setzten die Gewerkschaften auf die Freiheit der Menschen, den Individualismus und die Dynamik des Marktes, müßten sie mit der FDP konkurrieren; sie würden sich selbst abschaffen. Deshalb setzen sie lieber auf eine Sehnsucht nach Sicherheit, die sich ihre Rückversicherung schon immer bei den Gewerkschaften und Politikern gesucht hat. Es gefällt vielen, wenn ein Gewerkschaftsführer verspricht, er könne die Arbeitgeber und die Regierung zu einem Bündnis für Arbeit zwingen. Es gefällt vor allem auch den beteiligten Politikern, allen voran dem Kanzler und seinem Wirtschaftsstaatssekretär Johannes Eudewig, die sich ebenfalls in diesem Lichte sonnen und wissen, daß immerhin dann der Oppositionsführer nicht gleichzeitig von diesem Image zehren kann.

Es gibt eine Sehnsucht nach Planungsvorgaben, die auch nach dem Sieg des Kapitalismus geblieben ist. Es könnte sein, daß Gewerkschaften im Kapitalismus diese Sehnsucht bedienen und daß sie gerade auf diese Weise ihr Überleben, programmatisch und organisatorisch, sichern. Deshalb ist das Bündnis für Arbeit der bislang mit Abstand gelungenste Vorschlag zu einer neuen Programmdebatte der deutschen Gewerkschaften. Klaus Zwickel hat den Ton getroffen. Dafür soll er den Preis erhalten. Sein Bündnis hat das blutleere DGB-Programm, das im Herbst verabschiedet werden soll, in letzter Minute mit Leben erfüllt: mit dem Geist des wiederbelebten Neokorporatismus.

Das Programm

Das Grundsatzprogramm des DGB kommt zu spät. Wäre der Text, den die Leitbilder vom Sommer 1995 erwarten lassen, im Jahr 1988 den Delegierten vorgelegt worden, eine Sensation wäre den Gewerkschaften sicher gewesen. Wäre das neue Programm im Jahr 1990 verabschiedet worden, es hätte immerhin eine Chance bestanden, Anschluß an die Avantgarde zu finden. Denn überhaupt keine Frage ist es, daß das Grundsatzprogramm von 1996 den tiefsten programmatischen Einschnitt der deutschen Gewerkschaften nicht nur in ihrer Nachkriegsgeschichte, sondern insgesamt in ihrer hundertjährigen Tradition bedeuten wird. Nur interessiert das, fast zehn Jahre nach dem Niedergang des Sozialismus, kaum mehr einen. Die programmatische Revolution des DGB kommt zu spät.

Das neue Programm wird der verspätete Abschied von der Utopie des Dritten Weges sein, der sich - in unterschiedlicher Ausprägung - in den heiligen Texten der Jahre 1949, 1963 und 1981 niedergeschlagen hat. „Machen wir uns nichts vor“, schreiben die IG-Metaller Klaus Lang und Reinhard Kuhlmann, „für viele Gewerkschaftsfunktionäre war Sozialismus – definiert durch das gesellschaftliche Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, den Ausschluß von offener Arbeitslosigkeit und die Garantie bestimmter Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen ohne jeden Bezug zur einzelbetrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Produktivität - eine mehr oder weniger klare Orientierungsgröße.“¹

Die Option für eine „geplante Wirtschaftspolitik“ war in allen Vorläufer-Programmen das zentrale Argument, mit welchem die Einrichtung von paritätisch besetzten Wirtschafts- und Sozialräten, die Überführung von Schlüsselindustrien „und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen“ in Gemeineigentum begründet oder eine Neuordnung des Bankensystems propagiert wurde, welche die Beherrschung der Unternehmen durch die Banken (der geheime Antisemitismus der Linken) aus schließen soll. Gefordert wurde noch im Programm von 1981 die Einrichtung einer zentralen Investitionsmeldestelle für Großunternehmen. Zugleich hegten alle DGB-Gewerkschaften große Hoffnungen auf den Ausbau der Gemein-

¹ Klaus Lang/Reinhard Kuhlmann. Erneuerung und Kontinuität - Zur programmatischen Neuorientierung der Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/1994. S. 269 f.

wirtschaft. Nach monatelanger mehr als aufgeregter Debatte wurde schließlich verhindert, daß in der Präambel, welche freiheitlich-sozialistische und christlich-soziale Arbeitnehmerorganisationen als Vorläufer anführt, auch kommunistische Gewerkschaften genannt werden.

Das Programm von 1981 und die vorausgegangenen scharfen, auch öffentlich mit Härte ausgetragenen Konflikte reflektieren die klassischen Debatten der siebziger Jahre. Es spiegeln sich die Auseinandersetzung konservativer Gewerkschafter mit einer jungen, in Frankfurt, Berlin oder Marburg ausgebildeten Akademikerschicht, die gerade auf die Gewerkschaften als Transmissionsriemen einer gesellschaftlichen Veränderung die allergrößten Hoffnungen setzte. Detlef Hensche oder Franziska Wiethold sind die Prototypen dieser Generation. Der Text von 1981 paßt in die siebziger, nicht in die achtziger Jahre. Natürlich kann man diesem Programm nicht vorhalten, daß es das Ende des Sozialismus nicht gerochen habe. Aber der Text paßt auch nicht in die Epoche des Kasino-Kapitalismus, der Reagonomics und des Thatcherismus. Er ist noch nicht einmal eine vorausweisende Antwort darauf.

Womöglich läßt sich daraus eine grundsätzliche Regel für selbstvergewissernde und normative Texte von Parteien, Kirchen und anderer Großorganisationen ableiten: Sie markieren - gegen ihr explizites Selbstverständnis - den Abschluß einer Debatte um vieles mehr, als daß sie eine neue Diskussion eröffnen. Sie halten nicht die vorwärtsgewandte Utopie, sondern den rückwärtsgewandten Konsens fest. Das wäre dann auch eine Erklärung dafür, warum solche Programme regelmäßig nach ihrer Ratifizierung ein für allemal in den Aktenschränken verschwinden und allenfalls dann wieder hervorgekramt werden, wenn die Organisation die Zeit reif findet für eine neue Fassung.

Wer in den „Thesen zur programmatischen Debatte des DGB“ des Jahres 1995 blättert, wird die ganze Philosophie des Dritten Weges dort nicht mehr finden. Wer sie noch erwartet hatte, wie das Institut der Deutschen Wirtschaft, wird dem Text kräftig applaudieren. Offenkundig haben die vorbereitenden Zirkel ernst gemacht mit der Bemerkung des verstorbenen DGB-Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer, man solle das alte Programm in den Reißwolf geben. Statt dessen findet sich in den neuen Thesen eine einigermaßen unverbindliche Sozialstaatstheorie, locker gemischt mit etwas traditioneller Umverteilungstheorie und klassischer gewerkschaftlicher Beschäftigungs- sprich aktiver Arbeitsmarktpolitik. Der ganze postmarxistische Überbau des Programms von 1981 fehlt. Zurück bleibt ein glanzloses, additives, braves und biederes Stück Text, das - in die programmatische Form gegossen - die Delegierten des außerordentlichen Kongresses auch ebenso brav verabschieden werden.

Abermals läßt sich belegen, daß dieses Programm nicht vorwärts weisen wird in das nächste Jahrtausend, sondern zusammenfaßt, was Linke nach dem Niedergang ihrer Hoffungsgestalt am Anfang der neunziger Jahre zusammengekehrt haben: Es ist ein gemäßigter Dreißlerismus, mit dem die SPD keine Wahlen und die Gewerkschaften keine neuen Mitglieder gewinnen

werden. Ein Stichwort gibt dem nächsten die Hand. Nichts, was man nicht schon, so oder anders, von den Gewerkschaften, SPD oder CDU und den Kirchen gehört hätte: hier ein bißchen sozial-ökologische Steuerreform, dort eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, hier ein paar innovative Produkte, mehr Frauenrechte und die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung.

Den entscheidenden Einwand gegen dieses biedere Sozialstaatsdenken hat Claus Koch formuliert: „Die deutschen Gewerkschaften sind heute mit der Tatsache konfrontiert, daß sie den Sozialstaat, in dem sie so lange verankert waren und der zugleich ihr Partner war, bald verlieren werden.“² Der institutionellen Ordnung dieses Systems, in welchem der Sozialversicherungsstaat auch für die Fehler der Tarifpartner aufkommt und das verbändestaatliche Gefüge alle Kompensationen übernimmt, seien die Gewerkschaften noch ganz und gar verhaftet, ohne zu erkennen, daß dieses System nicht nur an den Rändern, sondern im Zentrum bröckelt. Wenn der DGB-Text (oder dessen Vorbereitungsthesen) als Zukunftsentwurf gemeint wäre, setzt er einen Kontext voraus, der in den kommenden Jahren kaum mehr für eine korporatistische Politik bereit stehen oder in Anspruch genommen werden kann. Er setzt die heile Welt des Sozialstaates voraus.

Belege dafür sind bekannt: Nicht nur das System der Sozialversicherungen in allen ihren Bismarckschen und Blümschen Ausprägungen erodiert, auch der Verbändestaat bröckelt. Unternehmen treten aus den Verbänden aus oder halten sich nicht mehr an deren Vorgaben. Industrieverbände greifen offen die sozialpolitischen Schwesterorganisationen an und drohen. Dieser Prozeß hat langfristiger Gewicht als die scheinbare Stärkung, die Gesamtmetall kurz vor Weihnachten 1995 noch einmal erfahren hat durch die Zusammenlegung der Ämter und die Konzentration ihrer Politik in der Hand des Profis Werner Stumpfe. Das aber heißt: Den Gewerkschaften fehlt mehr und mehr der Partner für jene tripartistischen Spiele, die sie doch voraussetzen wollen.

Was verbindet Kopfschmerzmittel und Panzer? Das Gesundheitssystem und das Militär dienen beide kollektiven Zielen und werden demgemäß auch kollektiv finanziert. Wird für sie zuviel Geld ausgegeben, dann können sie ganze Gesellschaften ruinieren. Ein Beispiel ist die Sowjetunion, die von der Bühne der Geschichte unter anderem deshalb verschwand, weil die Armee den Reichtum des Landes auffraß. Ähnlich ungesund könnte für die westlichen Staaten ihr Umgang mit den Sozialsystemen sein - eine Befürchtung, die jüngst zwei kanadische Autoren beschrieben haben.³

Die historische Perspektive der Autoren stellt übrigens auch empirisch den Common Sense infrage, wonach kollektive Sozialsysteme und die ihnen zugehörigen Mechanismen der Umverteilung einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit leisten. In Deutschland geben trotz gesetzlich egalisierender

2 Claus Koch, Kein Umbau - Perspektiven des Sozialstaats in Europa, in: Dieter Schulte (Hrsg.), Erneuerung des Sozialstaats, Köln 1996, S. 30; vgl. ders. Die Gier des Marktes, München 1995.

3 John W. Frank/J. Fraser Mustard, The Determinants of Health from a Historical Perspective, in: Daedalus, Bd. 123, Heft 3, Herbst 1994; vgl. FAZ, 30. August 1995.

Krankenversicherung doppelt so viele Personen der untersten sozialen Schicht einen schlechten Gesundheitszustand an als jene der oberen Schichten. Reiche leben länger - trotz kollektiver Sicherungssysteme. Das mag für Sozialpolitiker deprimierend klingen und scheint dann auch der empirische Beleg dafür zu sein, daß die besten umlagekonstruierten Solidarsysteme nicht dazu geeignet sind, soziale Risiken abzuschaffen.

All das ist womöglich ein Hinweis darauf, daß kollektive Systeme nicht nur künftig nicht mehr finanzierbar sind, sondern auch gar nicht jene Effekte haben, die alle Neo-Bismarckianer hierzulande ihnen zuschreiben und weshalb sie die Kritiker regelmäßig als herzlose Egozentriker denunzieren.

Anders gesprochen: Es erscheint mehr als fraglich, ob Deutschland den Wettbewerb der Standorte gewinnen wird, wenn es kollektive Systeme weiter verfestigt oder ausbaut, heißen sie nun Sozialversicherungsstaat oder Flächentarif. Die Stärke des europäisch geprägten Westens, seine Flexibilität und Kreativität, beruht doch auch historisch eher auf einem Individualismus, der - wenn überhaupt - in der Auseinandersetzung mit dem kollektivistischen Asien am ehesten in die Schlacht geschickt werden sollte. Jedenfalls scheint dies die Strategie im Wettbewerb aller anderen westlichen Länder derzeit zu sein, einschließlich Schwedens. Was sollen wir daraus schließen: Die Marktwirtschaft ist kein Auslaufmodell, aber möglicherweise der Wohlfahrtsstaat.⁴

Hierzulande verteidigt der DGB bis heute mit Klauen den Kollektivismus, der - da er zunehmend Inselcharakter hat - auch unangenehm nationalistische, weil protektionistische Züge bekommt. Das Stichwort Entsendegesetz mag genügen. Es ist schon so, daß der Sozialversicherungsstaat seine nationalistischen Wurzeln aus den Jahren der Reichsgründung 1871 jetzt deutlicher verrät, weil seit 1989 gerade diese Nationalstaatlichkeit nicht nur ökonomisch neu zur Debatte steht.

Keine Frage: Das additiv-beliebige Programmpotpourri des DGB (von der Weltwirtschaftsordnung zur Vollbeschäftigung) verhält sich, gleich welchen Veränderungen es noch bis zum Herbst diesen Jahres unterliegt, zu Klaus Zwickels Bündnisvorschlag wie Ulrich Wickerts Tugendlehre zu Kants transzendentaler Moralphilosophie: das eine ist geplappert, das andere gedacht. Das eine interessiert noch nicht einmal die Gewerkschaftssekretäre, das andere interessiert den Kanzler. Intellektuell, propagandistisch und systematisch ist der Frankfurter Zwickel allen Düsseldorfer Vorbereitungstrupps turmhoch überlegen. Inhaltlich wollen freilich beide dasselbe: den christsozialdemokratischen Paternalismus erhalten, ein Verteilungs- und Versorgungssystem des rheinischen Nachkriegskapitalismus prolongieren noch im Moment seiner größten Krise und im Angesicht des Zerfalls. Womöglich geht es noch eine Weile gut. Im Verbändestaat sind alle aufeinander angewiesen: Er liebt das Spiel der Spitzen. Das hat Klaus Zwickel gut begriffen. Deshalb nötigt er auch noch die Lahmen und Fußkranken der Gegenseite an den Runden Tisch.

4 Ulrich van Suntum zur Verleihung des Berteismann-Preises 1995 für den dynamischsten Arbeitsmarkt.